

Dirk Wilking
Mobiles Beratungsteam
Zum Jagenstein 1
14478 Potsdam
wilking@big-demos.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/2750

Dr. Galka
Landeshaus
Düsterbrooker Weg 70
24105 Kiel
sebastian.galka@landtag.ltsh.de

Potsdam, 14.08. 2019

Sehr geehrter Herr Dr. Galka,

gerne komme ich ihrer Bitte nach einer Stellungnahme zu den Anträgen von SPD und SSW nach.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Wilking

Stellungnahme zu den Anträgen von SPD und SSW für die Änderung des Waffengesetzes in Schleswig-Holstein

Grundlage meiner Stellungnahme ist die Publikation Wilking (Hg.): „Reichsbürger“. Ein Handbuch. Potsdam, 3., erw. Aufl. 2018

1. Nach den beiden bewaffneten Eskalationen 2016 mit einem toten Polizeibeamten gab es einen Ruck in den Innenministerien der Länder. Es wurde klar, dass das Problem „Reichsbürger“ fast nirgendwo auf dem Sender war. Die Innenministerien wurden aktiv und begannen die Ausmaße zu erfassen. Es wurde gezählt und auch ganze Truppenteile wurden für möglich gehalten. Differenzierte Analysen gab es praktisch nicht. Und so überschlugen sich die Headlines mit Meldungen über den rapiden Anstieg der Reichsbürger.
2. Der Begriff „Reichsbürger“ ist keine Eigenbezeichnung der betreffenden Gruppen, sondern einer der externen Beobachtung. Dieser Terminus ist nötig geworden, weil die Vielzahl der existierenden Gruppen sonst nicht mehr fassbar gewesen wären.
3. Reichsbürgergruppen sind mehrheitlich nicht rechtstextrem (nur ca. 10%). Allerdings sind sie alle extremistisch: wer die Gültigkeit des Grundgesetzes aktiv und kämpferisch bestreitet, überhaupt die Legitimität der Bundesrepublik in Frage stellt, ist extremistisch im engeren Sinne. Es existieren durchschnittlich rund 40 Gruppen bundesweit.
4. Die Reichsbürgergruppen sind in der Regel sehr kleine und instabile Gruppen, mit der Tendenz, sich neu zu formieren und zu teilen. Große Gruppen kommen kaum vor und sind eher flüchtig. Die Vorstellung von militärischen Formationen, die durchs Land marodieren, stellen eine Angstphantasie der Presse und des Bürgertums dar.
5. Reichsbürgergruppen sind überwiegend männlich, über 45-55 Jahre alt und eher im kleinstädtischen und dörflichen Milieu anzutreffen. Die Mitglieder sind meist durch harte, biographische Brüche geprägt. Die biografischen Entwertungserlebnisse variieren sehr stark. Von der als ungerecht empfundenen Scheidung, über geschäftlichen Bankrott, Zwangsversteigerung des Besitzes oder bis zu Sorgerechtskriegen changieren die Auslöser. Dieser sehr individuelle Zugang macht meistens auch eine disziplinierte Gruppenbildung unmöglich. Beim sächsischen Deutschen Polizei Hilfswerk (DPHW, inzwischen aufgelöst) waren bisher einmalig deutliche Ansätze einer Gruppenbildung erkennbar. Die Gruppe entstand als Bürgerwehr bewußt als Exekutivorgan der Reichsbürgerbewegung und rekrutierte sich zum größten Teil aus dem Polizeimilieu. Ihrem Gründer (der nicht Polizist war) wurde strafmildernd eine psychische Störung attestiert, so dass seine Strafe wegen Freiheitsberaubung eines Gerichtsvollziehers 2018 zur Bewährung ausgesetzt wurde. Das DPHW suchte gezielt nach Mitgliedern mit Waffenbesitzkarte und Waffe. Auch wenn in der Presse gelegentlich eine personelle Überschneidung von Reichsbürgern und AfD behauptet wird, trifft dies nur in Einzelfällen zu. Reichsbürger sind kaum gruppenkompatibel und würden sich nur schwer einer Parteidisziplin unterwerfen. Viel eher gibt es eine strukturelle Affinität zwischen Reichsbürgern und der Pegida-Bewegung.
6. Waffen spielen in der Szene eine erhebliche Rolle. Nur etwa 5% der Reichsbürger besitzen eine Waffe. Allerdings muss hier berücksichtigt werden, dass der Waffenbesitz in der Regel zuerst da war und dann wurde die Person Reichsbürger. Dabei ist die Waffe nicht nur eine Ikone der ehemaligen bürgerlichen Existenz (Schützenverein, Jagdgenossenschaft), sondern auch Symbol für einen nicht eingelösten Machtanspruch. Der Einzug der Waffen ist entsprechend risikoreich.

7. Faktisch entspricht die Hinwendung zu Reichsbürgerideen und Verschwörungsphantasien einer „Kündigung der Staatsbürgerschaft“, die es in der Realität nicht gibt. Zielgruppe dieser Art von Staatsverdrossenheit ist entsprechend die staatlich Verwaltung und nicht die breite Bevölkerung. Dennoch gibt es Schnittmengen zur AfD-Wählerschaft, die sich häufig über den Überdruß an staatlicher Verwaltung formuliert. Insofern tragen Reichsbürger zu einer weiteren Delegation des Staates in der Bevölkerung bei.

8. Den Anträgen des SSW und der SPD sollte zugestimmt werden. Der Eingriff in die Rechte der Betroffenen muss gut begründet werden. Das kann durch die Einbindung des Verfassungsschutzes gewährleistet werden – sofern der dafür auch personell ausgestattet wird. Eine Frage bleibt dabei aber offen: wann ist jemand nicht mehr Reichsbürger? Und kann er/sie dann wieder Waffen besitzen?